

Kurz berichtet

Landeselternbeirat kritisiert Sparkurs in der Bildungspolitik

STUTTGART (ch) - Der Landeselternbeirat fordert die Regierung dazu auf, ihren Sparkurs in der Bildungspolitik zu beenden und auf den Lehrermangel zu reagieren.



Carsten Rees, Vorsitzender des Landeselternbeirats. FOTO: DPA

richtungsversorgung merkte sie an, dass es trotz vorhandener Mittel an einigen Orten an Bewerbern fehle.

Rees warf der Ministerin vor, keine validen Erhebungen zum Unterrichtsausfall zu haben. Statistiken zu Lehrerstellen seien indes schön gerechnet.

Polizei zerschlägt Drogenbande in Konstanz

KONSTANZ (lsw) - Ermittlern ist im Raum Konstanz ein Schlag gegen eine international agierende Drogenbande gelungen.

Mordanklage gegen A7-Steinewerfer

ELLWANGEN (lsw) - Die Staatsanwaltschaft Ellwangen hat Anklage gegen den mutmaßlichen Steinewerfer von der Autobahn 7 erhoben.

Aus für Zirkusse mit Wildtieren in Stuttgart

STUTTGART (lsw) - Aus für Löwen, Elefanten und Giraffen: Vom 1. April 2019 an dürfen Zirkusse mit Wildtieren nicht mehr in Stuttgart auftreten.

22-Jähriger stellt sich nach sexuellen Attacken

KARLSRUHE (lsw) - Nach mehreren sexuellen Attacken auf Frauen in Karlsruhe hat sich ein junger Mann bei der Polizei gestellt.

Viele Mittelständler beschäftigen Flüchtlinge

STUTTGART (lsw) - Jeder sechste Mittelständler im Südwesten beschäftigt Flüchtlinge.



rechnet jeder zweite Mittelständler (45 Prozent) im Südwesten damit, dass die Einstellung von Flüchtlingen erheblich oder zumindest ein wenig dazu beitragen könnte.

Städte fordern Geld von Lkw-Firmen

Preisabsprachen betreffen zahlreiche Kommunen und Speditionen in der Region

Von Christin Hartard

STUTTGART - 14 Jahre lang haben die Lastwagenbauer Daimler, MAN, Iveco, DAF und Volvo unerlaubte Absprachen getroffen - und ihre Kunden so mit überhöhten Preisen über den Tisch gezogen.

„Ich bin stinksauer. Was da passiert ist, ist ein Unding“, sagt Aalens Oberbürgermeister Thilo Rentschler.

Nun will die Stadt Aalen Geld von den Lkw-Firmen sehen. 83 000 Euro von MAN und 70 000 Euro von Daimler - 15 Prozent vom jeweiligen Kaufpreis.

Schaden noch nicht absehbar

Auch die Städte Ravensburg, Tuttlingen, Biberach, Ellwangen, Lindau und die Landkreise Ravensburg und Biberach gehen davon aus, von den Preisabsprachen des Lkw-Kartells betroffen zu sein.

Den entstandenen Schäden können die meisten Kommunen noch nicht genau beziffern.

Die Stadt Tübingen, die 24 Fahrzeuge gekauft hat, ist den Schritt vor das Stuttgarter Landgericht bereits gegangen.



Auch der Lkw-Hersteller Iveco war am Kartell beteiligt und muss knapp eine halbe Milliarde Euro Bußgeld zahlen. FOTO: DPA

wollte sich außergerichtlich mit MAN, Daimler und Iveco einigen. Doch auf Vergleichsgespräche wartete man in Tübingen vergebens.

Hintergründe zum Lkw-Kartell in Europa

Die EU-Kommission hat im Sommer 2016 die Lastwagenbauer Daimler, Iveco, DAF und Volvo/ Renault wegen unerlaubter Preisabsprachen zu einer Strafe von knapp 2,93 Milliarden Euro verurteilt.

Pflicht, zu zahlen. Der Grund: Während Daimler, Iveco, DAF und Volvo von der EU-Kommission zu einem Rekordbußgeld von rund 2,9 Milliarden verurteilt wurden.

schwedische VW-Tochter Scania laufen die Ermittlungen weiter, weil sie einen Vergleich ablehnte. Von 1997 bis 2011 haben die Lkw-Unternehmen ihre Verkaufspreise im Europäischen Wirtschaftsraum abgestimmt.

Aktivist will Tempo 80 bei Nässe auf der A 96 verhindern

Julian Sincu reicht Petition beim Landtag ein, um das Aufstellen der Verkehrsschilder zu stoppen

Von Kara Ballarin

STUTTGART - Julian Sincu aus Neuffen im Kreis Esslingen geht gegen das geplante Tempolimit auf der Autobahn 96 vor.

Wie berichtet, soll in Kürze auf der A 96 zwischen Wangen und Leutkirch in beiden Richtungen Tempo 80 bei Nässe gelten.

Julian Sincu zweifelt die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme an. Er bezieht sich auf ein Gutachten vom Sommer 2016 im Auftrag des Verkehrsministeriums.

Durch seine Petition will er erreichen, dass die Tempo-80-Schilder gar nicht erst aufgestellt werden.

cher der Geschäftsstelle des Petitionsausschusses erklärt, dürfen demnach Maßnahmen, gegen die sich eine Petition richtet, so lange nicht durchgeführt werden.

Ausnahmen seien jedoch möglich, wenn es etwa gesetzliche Ansprüche oder rechtliche Verpflichtungen gebe.

Zum konkreten Fall will sich das Verkehrsministerium nicht äußern. Eine Sprecherin teilt auf Anfrage mit: „Grundsätzlich sind Ausnahmen vom sogenannten Stillhalteabkommen zu

Kommentar: Unternehmen in der Pflicht. Von Christin Hartard. Includes a small portrait of Christin Hartard.

Die am Kartell beteiligten Unternehmen produzieren einen Großteil der Lkw in Europa. 14 Jahre lang hatten sie den Markt mit überhöhten Fahrzeugen im Griff und zockten so Käufer zu ihren Gunsten ab.

c.hartard@schwaebische.de

Kartells beteiligt war. Aus Sicht der Stadtverwaltung Tübingen erlischt damit aber nicht ihr Recht auf Schadenersatz.

Ähnlich wie bei den Kommunen sieht es bei den Speditionsunternehmen im Land aus. Der Geschäftsführer des baden-württembergischen Speditionsverbands, Andrea Marongiu, schätzt, dass rund 300 der 450 Mitgliedsbetriebe überhöhte Lkw gekauft haben.

Schwäbische Zeitung

Errscheinungsweise: Wochentlich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ebingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Markdorf, Meßkirch, Plünderdorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Wäldsee, Wangen.

Verlag Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler, Karlstraße 16, 88212 Ravensburg; Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499; Anzeigentelefax 0751 / 2955-991139; Geschäftsführer: Ulf Kurt Sabathil.



Das geplante Tempolimit auf der A 96 ist umstritten. FOTO: STEPPAT